

Gedanken zum Sonntag

Trösten - wie geht das?

Worte, die guttun – der Blick wird klarer

A Iso, trösten geht so: Du hörst zu, du hörst einfach nur zu, was die andere erzählt.

Du lässt sie reden und fragst ab und zu nach, damit sie nicht meint, sie müsste aufhören, nur weil es dir vielleicht unangenehm ist, was du hörst. Du ermunterst sie, davon zu reden, was sie traurig macht, was ihr das Leben schwer macht. Du bleibst bei ihr. So machen das Mütter. Andere auch. Mütter nehmen die Traurigen in den Arm und halten sie fest. Und lassen dich weinen.“

So sagt eine 14-Jährige. Und die muss es wissen.

Ja, Trost muss sein. Manchmal ist jemand da, der mich tröstet. Manchmal ist aber niemand da. Dann bleiben die unsichtbaren Arme. Die, von denen die Jahreslosung für 2016 erzählt: „Wie eine Mutter tröstet, so will ich, Gott, euch trösten.“ (Jesaja 66.15).



Elke Henning

Klinikpfarrerin Bad Hersfeld

Das sind Worte, die mir guttun. Sie sind wie offene Arme, in die ich mich hineinlegen kann. Wie ein Nest, in das ich hineinkriechen kann. Mit meiner Traurigkeit. Mit meinem Schmerz. Mit meiner Angst. Mit meiner Wut. Mit meiner Hilflosigkeit.

„Wie eine Mutter tröstet, so will ich euch trösten.“ Diese Worte wirken wie Balsam. Jemand ist da. Meine Seele kann sich beruhigen. Und mein Atem auch. Der Blick durch die verweinten Augen wird etwas klarer. Und lässt mich wieder Zukunft ahnen.



Basar in Lüdersdorf: Vier Vereine freuen sich über Spende

Nachdem bei den jüngsten „Trallala“-Basaren wieder jede Menge Kleidungsstücke und Spielsachen den Besitzer gewechselt hatten, dürfen sich nun die Kinder der umliegenden Vereine über den Erlös freuen. Die Jugendabteilung der

Freiwilligen Feuerwehr Lüdersdorf, der Freundes- und Förderverein der Grundschule Breitenbach, der Jugendförderverein Ulfetal-Weiterode und die Kinder- und Jugendtanzgruppe des TSV Blankeheim können sich über Spenden in Höhe von insge-

samt 600 Euro freuen. Der nächste Kinder- und Babybasar findet am Freitag, 5. Februar, von 18.30 bis 20 Uhr in der Lüdertalhalle in Lüdersdorf statt. Für Schwangere ist bereits ab 18 Uhr geöffnet. Angeboten werden Frühjahrs- und Sommer-

kleidung, Babyerstaussstattung, Umstandsmoden sowie Spielsachen, Autositze, Fahrräder und Kinderwagen. Die Nummernvergabe für Verkäufer findet vom 11. bis 14. Januar unter basarteam-trallala@gmx.de statt. (red/nm) Foto: nh

Pflicht statt Absichtsprosa

Im Streit um die Vergabe des Windparks am Rehkopf legen Lüttke und Selzer nach

VON MARCUS JANZ

ALHEIM/LUDWIGSAU. Die Kritik an Hessen Forst reißt nicht ab. Nachdem der Landesbetrieb die Vergabe des geplanten Windparks Rehkopf gegenüber unserer Zeitung erläutert hatte, legen Georg Lüttke und Martina Selzer nach. Hessen Forst bestätigt die Einschätzung, dass es hauptsächlich um die Pachtzahlung gehe, erklären der Alheimer Bürgermeister und die Vertreterin der Waldhessischen Energiegenossenschaft.

Die Beteiligung der Bürger an dem Windpark zwischen Alheim und Ludwigsau sowie die Wertschöpfung vor Ort würden bei der Vergabe nicht ausreichend berücksichtigt.

Zwar achte Hessen Forst auf ein „glaubwürdiges Konzept der kommunalen Wertschöpfung“, wie Detlef Stys von der Landesbetriebsleitung erklärt hatte. „Bei der Vergabeentscheidung spielt es am Ende aber keine wesentliche Rolle, ob der zukünftige Betreiber ein Gewerbe in der Gemeinde ansiedelt“, sagt Lüttke. Schon



Georg Lüttke



Martina Selzer

in der Ausschreibung für den Windpark, die Anfang September versandt wurde, heiße es einschränkend, dass ein Konzept der kommunalen Wertschöpfung nur mit bis zu 20 Prozent in die Beurteilung einfließt. „Leider reicht bislang ein wenig Prosa und Absichtserklärung in der Bewerbung aus, um aus Sicht von Hessen Forst dieses Kriterium zu erfüllen“, kritisiert Selzer und fordert, einen künftigen Windkraftbetreiber in Sachen Bürgerbeteiligung in die Pflicht zu nehmen: „Es wäre ein Leichtes für den Verpächter Hessen Forst, dies als verbindlichen Bestandteil in einen Vertrag zu übernehmen.“

Das gelte auch für die Ansiedlung der Bürgergesellschaft am Standort der Windkraftanlagen, damit nicht nur 70 Prozent, sondern die gesamte Gewerbesteuer vor Ort gezahlt wird. „Auch dafür sind verbindliche Aussagen in einem Pachtvertrag machbar – und nicht nur wünschenswert“, reagiert Selzer auf Aussagen von Hessen-Forst-Abteilungsleiter Stys. Insgesamt

verlangt sie für die Energiegenossenschaft, dass nur Projektierer gewählt werden, die ihr langfristiges Interesse bekunden und sich auch verbindlich darauf einlassen. Die Pachtverträge müssten mit Bedingungen bis hin zu Sanktionszahlungen so gestaltet werden, „dass nur ein Unternehmen diese unterschreiben wird, welches die zugesagten Leistungen Bürgerbeteiligung, Standorttreue und langfristiger Betrieb auch einlösen will“, so Selzer.

„Gebot der Fairness“

Um das zu gewährleisten, verlangt Lüttke, dass die Gemeinde Alheim mitreden darf, wenn der Windpark Rehkopf an einen Betreiber vergeben wird. Das sei ein „Gebot der Fairness und Transparenz“ und hätte laut Lüttke viele Spannungen aus dem Verfahren genommen. Hessen Forst habe den bisherigen Dialog einseitig verlassen und das Bieterverfahren eröffnet. Das dies nicht, wie bei einem Windpark im Schwalm-Eder-Kreis, nach den Kriterien eines eingeschränkten kommunalfreundlichen Bieterverfahrens geschehe, dagegen habe Lüttke – entgegen der Aussage von Stys – umgehend protestiert. Dem „gewinnstrebenden Landesbetrieb“ traue er auf jeden Fall nicht zu, die kommunalen Interessen Alheims zu vertreten.



Schneemann in Schräglage

Mächtig Schlagseite hatte dieser Schneemann, den unser Reporter in einem Garten an der Rotenburger Burggasse fotografiert hat. Während der Rasen rundherum bereits

wieder grün war, trotzte er tapfer, aber letztendlich doch erfolglos dem Tauwetter. Inzwischen ist auch er nur noch ein kleines, schmutziges Häuflein. (jce/zmy) Foto: Meyer

HINTERGRUND

Negativbeispiel Gaishecke

Im Zusammenhang mit der Diskussion um einen Windpark Rehkopf erinnert Martina Selzer vom Vorstand der Waldhessischen Energiegenossenschaft an das geplante Projekt „Bürgerwind Gaishecke“ zwischen Heringen, Friedewald und Wildeck. Daran zeige sich, wie es nicht sein soll, sagt Selzer: Im Zuge des sogenannten Last-Call-Verfahrens, bei dem Hessen Forst die Bieter in einer zweiten Runde zum Nachbessern der Angebote aufforderte, erhielt der Interessent mit dem höchsten Pachtangebot den Zuschlag.

Dieser habe im Anschluss deutlich gemacht, dass ihm eine Bürgerbeteiligung nach

bewährtem Modell durch Bürgerenergiegenossenschaften zu aufwendig sei. Die Anlagen sollten bis Ende 2015 ans Netz gehen, geschehen ist bisher allerdings noch nichts, sagt Selzer und spekuliert: Möglicherweise liege das daran, dass das Projekt unter den gegebenen Umständen nicht mehr wirtschaftlich zu betreiben sei.

Die Folge sei, dass durch die aktuelle Politik von Hessen Forst eine Bürgerbeteiligung erschwert wird: „Durch die unnötige Fokussierung auf die Pachteinahmen entfallen nennenswerte Einnahmen für die Kommunen und interessierte heimische Bürger.“ (mcj)

Steinmeier ist Gast der SPD in Heringen

HERINGEN. Die Heringer SPD lädt gemeinsam mit Europa-Staatsminister Michael Roth zu ihrem traditionellen Neujahrsempfang ein. Als Ehrengast erwarten die Sozialdemokraten am Freitag, 15. Januar, ab 17.30 Uhr im Heringer Martin-Luther-Haus Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier. Das geht aus einer Pressemitteilung hervor.

Mit ihm und dem Heringer Bürgermeisterkandidaten Daniel Ilijev möchten die Sozialdemokraten der Stadt das neue Jahr begrüßen. Nicht nur Vertreter heimischer Vereine, sondern auch interessierte Bürger sind willkommen. Um eine Anmeldung per Telefon, 0 66 21/50 65 30, oder E-Mail: michael.roth.wk02@bundestag.de wird gebeten. (red/rai)

Noch herrscht in Hainrode Stille

Bürgerinitiative will mit Messung spätere Lärmbelastung durch Windkraft feststellen

HAINRODE. Eine sogenannte Nullmessung, bei der das Ausmaß einer Lärmbelastung festgestellt wurde, wurde vor Kurzem in Hainrode vorgenommen. Das teilt die Bürgerinitiative Hainrode/Ersrode (IHE) mit. Bereits Mitte 2015 hatten Bürger der Gemeinde Ludwigsau mit Unterschriftenlisten eine solche Messung hinsichtlich des Windparks Klosterstein gewünscht.

Das Regierungspräsidium (RP) Kassel hatte nach Darstellung der IHE eine solche Messung aber nicht für nötig befunden. Die Behörde sei davon ausgegangen, dass keine nennenswerte Lärmvorbelastung zu erwarten sei.

Die IHE argumentiert dagegen: Eine solche Messung sei erforderlich, um etwaige später auftretende Lärmbelastun-

Mast im Feld: Mit dieser Anlage wurde kürzlich nahe Hainrode gemessen, wie stark die Lärmbelastung ist – ohne Windkraftanlage. Foto: nh



gen auch klar einer Windparkanlage zuordnen zu können. Nach Ansicht der IHE sollte eine solche „Nullmessung“ prinzipiell als Auflage für den Betreiber im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vorge-

schrieben werden. Nach Verhandlungen von Ludwigsau Bürgermeister Thomas Baumann mit dem Windparkbetreiber, der Firma Juwi, hatte diese sich bereit erklärt, die Vorbelastungsmessung auf

ihre Kosten vorzunehmen. Zudem wird in etwa einem Jahr, nach Inbetriebnahme des Windparks Klosterstein, erneut gemessen. Dann könne die vom Windpark ausgehende Lärmbelastung eindeutig belegt werden, sollte es, wie derzeit in Rohrbach, zu massiven Beschwerden der Bewohner kommen.

Da der Windparkbetreiber sich nicht dazu bereit erklärt hatte, auch die Vorbelastungsmessung im Innenbereich von Häusern vorzunehmen, hatte ein Gemeindevertreter im Parlament beantragt, dass die Kommune diese Messung finanziere. Luft- und Infraschall sollen nun gemessen werden, eine Körperschallmessung gibt es dagegen nicht, erläutert die IHE. (red/rai)

STICHWORT

Nullmessung

Eine sogenannte „Nullmessung“ hält vor der Errichtung eines Windparks die derzeitigen Lärmbelastungen in dem betreffenden Ort fest. Einmal werden Lärmmissionen im Außenbereich gemessen, zum anderen aber auch im Innenbereich eines möglicherweise betroffenen Hauses. Hierbei liegt der Schwerpunkt in der Nachtzeit, da dort später die Hauptbelastungen, ausgelöst von Windenergieanlagen, liegen können. Nach der Inbetriebnahme des Windparks sollte wiederum eine Messung vorgenommen werden, um festzustellen, ob die Lärmmissionen auch tatsächlich die gesetzlichen Richtwerte nicht überschreiten. (red/rai)

STICHWORT